

Unsoziale Sozialpartner

«Ich höre ständig das Wort Sozialpartnerschaft. Was ist das eigentlich?» – so wurde ich kürzlich gefragt. Ich musste zuerst nachdenken: Wenn sich ein Verband von Arbeitnehmern einerseits – meist Gewerkschaften – und von Arbeitgebern andererseits über Arbeitsverträge einigen, spricht man von Sozialpartnerschaft. Statt Einzelverträge gelten dann Kollektivarbeitsverträge.

Einigung tönt nach Frieden. Es erweckt den Eindruck von sozial. Darum ist es verlockend, diesen Sozialpartnern immer neue Aufgaben, Kompetenzen und damit Macht zu übertragen. So üben sie zum Beispiel gemeinsam die direkte Kontrolle über flankierende Massnahmen – inklusive Lohnpolizei – aus. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen dafür – ob sie das wollen oder nicht – viele Millionen bezahlen, die die Kassen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden reichlich füllen.

Es hat sich sogar eingebürgert, dass Bundesräte – damit sie selbst nicht entscheiden müssen – Entscheidungen einfach an die Sozialpartner abschieben und dann das Ergebnis freudestrahlend übernehmen – selbst wenn es noch so unsozial ist.



So hat kürzlich unser Sozialminister Alain Berset für sein dringendstes Dossier – die chronisch defizitären Sozialversicherungen – die Sozialpartner beauftragt, eine Lösung zu präsentieren, wie in Zukunft die Pensionen (zweite Säule) gesichert werden können.

Tatsächlich einigten sich diese. Wie voraus zu sehen war, ist es eine Lösung, die den Sozialpartnern nicht weh tut, aber die Berufstätigen, die künftigen Rentner, den Mittelstand durch Lohnabzüge und Umverteilung noch stärker belastet. Sie tragen die Kosten – eine klassische Vereinbarung zu Lasten Dritter.

Doch der Bundesrat macht sich dies zu seiner eigenen Lösung. Es seien schliesslich die der Sozialpartner. Und das tönt immer gut.

E gfreuti Wuche.

Christoph Blocher